

Er erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk., fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Sattler



Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepalte Postzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 16 .: 31. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 10b .: Telephon: Amt Morikplatz, 2120

Berlin, den 20. April 1917

Inhalt. Beitragsleistung. — Agitationserfatz. — Neue Ausgaben für die Gewerkschaften. — Durch die Gewerkschaft zur Freiheit. — Die Invalidenwerkstatt des Kriegsbefehlshabers. — Die Schlichtungskommission für das Berliner Portefeuille- und Reiseartikelgewerbe. — Aus dem Bericht der Generalkommission für das Jahr 1916. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Mundschau. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 22. bis 28. April 1917 ist der 17. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Agitationserfatz.

In einer Zeit der „Ersatz“wirtschaft ist es erfreulich, auch einmal ein vollwertiges Ersatzmittel anpreisen zu können, dessen Gebrauch allen Berufsangehörigen zugute kommt, ohne ihnen besondere Unkosten zu verursachen.

Bis vor Ausbruch des Krieges war es für unsere Verbandsleitung ein ungehöriges Gebot, alljährlich im Frühjahr eine systematisch vorbereitete Werbearbeit für unsern Verband zu entfalten. Durch Flugblätter, besonders für diesen Zweck ausgestattete Agitationsnummern der Verbandszeitung, Anberaumung von öffentlichen Versammlungen mit auswärtigen Referenten und Hausagitationen wurden Erfolge erzielt, die nicht nur in einem ständigen Mitgliederzuwachs zum Ausdruck kamen, sondern auch der Einbürgerung des gewerkschaftlichen Gedankens in bisher indifferente Kreise eine feste Grundlage schufen. Wenn von dieser wirksamen Propaganda in diesem Jahre Abstand genommen werden muß, so liegt es keinesfalls daran, daß in den in unserem Verbands vereinigten Berufen nichts zu tun übrig geblieben ist. Im Gegenteil; trotzdem fast ebensoviel Mitglieder zurzeit ihrer Heerespflicht genügen als unser Verband im Jahre 1914 an Mitgliedern zählte, ist durch die im ganzen Reich ausgebreitete Lederverwarendindustrie ein Zustrom von Arbeitskräften eingetreten, der nur zum guten Teil in den Großstädten von unserm Verbands erfasst werden konnte.

Dazu kommen noch diejenigen Berufsangehörigen, die aus falsch angebrachter Sparlichkeit ihre Organisationszugehörigkeit aufgaben, so daß trotz aller anerkannten gewerkschaftlichen Erfolge das Heer der Unorganisierten größer als wie in Friedenszeiten ist. Wie aber der Krieg vieles auf den Kopf stellt, so auch bei vielen Arbeitern die Ansicht über die Notwendigkeit, einer Kampforganisation anzugehören. War es doch stets Gepflogenheit und Grundsatz, daß mit den steigenden Erfolgen einer Gewerkschaft auch die Verbandsstreue der Mitglieder sich mehr und mehr festigte und waren die Erfolge das beste Werbemittel. Jetzt scheint es leider anders geworden zu sein. Die sogenannten Berufsfremden, hauptsächlich aus zurückgebliebenen Gewerben oder

Gegenden stammend, nehmen wohl die durch unsern Verband erzielten Errungenschaften in Anspruch, ja wenn sie ihnen von Unternehmern vorenthalten werden, wissen sie genau, wo sie ihre Klagen anhängig zu machen haben. Aber Mitglied dieser Gewerkschaft zu werden, halten sie nicht für nötig, denn der Verband ist ja dazu da, um „unsere“ Wünsche zu befriedigen. In vielen Kreisen wird diese Auffassung für so selbstverständlich gehalten, daß einige Ortsverwaltungen dazu übergehen mußten, Beschwerden Unorganisierter über Nichterhaltung des Tarifes nicht weiter zu verfolgen. Auf den ersten Blick, eine berechtigte Zurückweisung solcher Elemente, die nur ernten, ohne jemals gesät zu haben. Aber auf die Dauer läßt sich dieser Standpunkt nicht aufrechterhalten, weil er Unternehmern Anlaß geben könnte, nur Leute zu beschäftigen, die einer Gewerkschaft nicht angehören, denen sie Arbeitsbedingungen vorschreiben, die mit den Tarifen nicht in Einklang zu bringen sind. Den Schaden haben dann auch die Organisierten, weil bei rückläufigen Konjunkturen die Lohnbrücker gegen die Tarifanhänger ausgespielt werden.

Das Heer der Unorganisierten hat in letzter Zeit auch eine Vergrößerung durch solche Kollegen erfahren, die auf Grund organisatorischer Bemühungen vom Waffendienst freigestellt wurden, um bei voller tariflicher Entlohnung an die Fertigstellung von Ausrüstungsstücken mitzuarbeiten, es aber nicht für nötig finden, ihre Mitgliedschaft zum Verbands aufrechtzuerhalten. Sie sind der Meinung, die Ortsverwaltung hat von ihrer Freistellung keine Kenntnis, es genügt, wenn sie sich nach Kriegsschluß melden, um im Genuß erworbener Rechte zu gelangen. Diese Auffassung ist falsch und spricht gegen alle gewerkschaftlichen Grundsätze. Auch die vom Waffendienst Freigestellten sind, sobald sie sich in Arbeit befinden, verpflichtet, ihrer Beitragspflicht zu genügen und sich am gewerkschaftlichen Leben zu betätigen. Wer sich selbst dieser Pflichten entbindet, entbindet auch gleichzeitig den Verband von seinen Pflichten den Mitgliedern gegenüber, das heißt, wer Verdienst hat, ohne dem Verbands Beiträge zu leisten, verliert alle Rechte; dessen Mitgliedschaft kann auf Grund erworbener Rechte nicht mehr erneuert werden. Diese Sachdarstellung dürfte genügen, um alle vom Waffendienst freigestellte oder beurlaubte Kollegen zu veranlassen, Versäumtes recht bald nachzuholen und sich so für die Zukunft zu sichern.

Bei dieser Gelegenheit sei noch an die Gewinnung der Neuausgelernten gedacht. Wohl ist deren Zahl gegen die Friedenspräsenz wesentlich zurückgeblieben. Jedoch ist sie immerhin noch groß genug, um als geeigneter Nachwuchs unserm Verbands zugeführt zu werden.

Nun kommt leider unser Verbandsorgan nicht immer in die Hände derer, für die sein Inhalt bestimmt ist. Auch der Versammlungsbesuch leidet durch die lange Arbeitsdauer und

die unzureichende Ernährung. Jedenfalls dienen diese Umstände den Indifferenten als zugkräftigste Ausrede, ihre Teilnahmslosigkeit an unsere Bestrebungen zu bemänteln. Es ist daher zweckmäßig und notwendig, immer wieder und wieder unsere Mitglieder zu bitten und zu mahnen, selbst nach dem Rechten zu sehen, jede sich bietende Gelegenheit werdend für den Verband auszunutzen. In den Werkstätten muß das Vertrauensmännersystem respektiert werden. Von hier aus ist mit Unterstützung der Kollegen Kontrolle zu üben, wieweit jeder Mitarbeiter „reine Wäsche“ hat. Wir sind überzeugt, an der Hand der erzielten Erfolge unseres Verbandes, an der Aufzählung der bevorstehenden Aufgaben der Gewerkschaften ist es jedem einzelnen möglich, sich erfolgreich werdend zu betätigen.

Gerade jetzt müssen alle Berufscollegen, die wenigstens von den Strapazen und Lebensgefahren des Kriegsdienstes verschont blieben, ihre ganze Kraft einsetzen, damit unserm Verbands, der schon so oft seine organisatorische Widerstandsfähigkeit bewies, alle noch gleichgültig beiseite stehenden Berufsgenossen zugeführt werden.

Die diesmalige Frühjahrstagitation auf diese breite Grundlage gestellt, wird die sonst erzielten Versammlungserfolge bei weitem übersteigen. Dieser „Kriegserfatz“ der Agitation ist vollwertig im wahrsten Sinne des Wortes, er muß nur von allen Mitgliedern unseres Verbandes in Anwendung gebracht werden.

Neue Aufgaben für die Gewerkschaften.

Dem „Proletarier“ entnehmen wir folgenden Aufsat:

Mit unerbittlicher Folgerichtigkeit vollziehen sich die geschichtlichen Ereignisse. Wer zu ihnen nicht das richtige Verhältnis findet, wird von dem Werden und Gewordenen überaumt. Das gilt von dem einzelnen, von Volksschichten und von Volksgemeinschaften. Wer nicht zum Herrn neuer Verhältnisse sich aufschwingen kann, muß sich mit der Rolle begnügen, ihr Diener, ihr willenloser Knecht zu sein. Das erfährt auch die Arbeiterchaft in bezug auf die durch den Krieg geschaffenen Zustände und die von ihr in Fluß gebrachten Entwicklungen. Und wir stehen vor großen, schicksalsschweren Veränderungen, vor dem Werden neuer Verhältnisse, die der Arbeiter soziale und wirtschaftliche Lage tief einschneidend beeinflussen können.

Von dem Neuen, das aus dem furchtbar gewaltigen Geschehen unserer Zeit herauswächst, ist bisher die voraussichtliche Umgestaltung der Handels- und Wirtschaftsverhältnisse in ihrer Wirkung auf den Arbeitsmarkt nur wenig berücksichtigt worden. Es handelt sich dabei jedoch um äußerst wichtige Angelegenheiten für die Gewerkschaften, denen daraus Aufgaben erwachsen, deren Größe und Schwierigkeiten noch nicht übersehen werden können. Das Wohl der Arbeiter gebietet es jedoch, die Aufgaben zu lösen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Krieg in wirtschaftlicher Hinsicht mancherlei nationale Grenzen aufhebt oder die trennenden Mauern

tüchtig abtragen wird. Wenn sich auch die ausschweifenden Pläne, die auf ein Abschneiden großer Wirtschaftsgebiete vom Weltmarkt hingen, nicht verwirklichen lassen, weil die kapitalistischen Interessen entgegenstehen, so kann man doch mit der Tatsache rechnen, daß sich einerseits zwischen den Ländern der Entente, andererseits zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei so etwas wie wirtschaftliche Interessengemeinschaften herausbilden werden; teilweise sind sie schon vorhanden. Bei diesen Gemeinschaften denkt man zunächst vorwiegend an einen erleichterten Warenaustausch untereinander, an Zoll- und tarifpolitische Begünstigungen, sowie an die Bildung eines gemeinsamen Wirtschaftsgebietes, dessen Innenmarkt sich wiederum durch Zoll- und Tarifpolitik gegen die Konkurrenz anderer Länder sichert. Solche Maßnahmen allein schon berühren in starkem Maße die Interessen der Arbeiterschaft. Die wirtschaftspolitische Abschließung des Inlandmarktes vom Weltmarkt macht die Produzenten stets in gewissem Maße zu einem Preisdiktator, der seine Macht zum Nachteil der Verbraucher ausnützt.

Es kommen hier aber auch unmittelbare Interessen der Arbeiter in Frage. Der engere wirtschaftliche Zusammenstoß der Mittelmächte schafft nicht allein einen erweiterten, vereinheitlichten Warenaustausch; in diesem größeren Rahmen werden später auch die Arbeitskräfte stärker hin- und hergeschoben, sozusagen als ein Besitztum des verbündeten Kapitals nach dessen Interessen ausgenutzt. In dem größeren Wirtschaftsgebiet gibt es Gegenden mit industriell rückständiger Entwicklung und großen Stämmen bedürfnisloser, williger, vom Solidaritätsbewußtsein noch nicht erfarbter Arbeitskräfte. Das Kapital wird selbstverständlich versuchen, diese Arbeitskräfte sich dienstbar zu machen, sie nach Möglichkeit als Lohnrücker zu benutzen.

Dazu stehen ihm zwei Wege offen. Es holt die rückständigen Arbeiter in die Gebiete mit hochstehender Industrie und fortgeschrittener Arbeiterschaft. Auf diese Weise sorgt man für ein genügend reichliches oder überreiches Angebot von Arbeitskräften, was erfahrungsgemäß stark auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, und zwar zum Nachteil der Arbeiter, einwirkt. Ganz besonders wird man das Herausbringen von Arbeitskräften aus wirtschaftlich zurückgebliebenen Gegenden betreiben, wenn Konflikte mit den Gewerkschaften drohen oder solche ausgedroht sind. Die unwissenden und unorganisierten Herangeholten werden als Arbeitswillige gebraucht, mit ihrer Hilfe die auf Verbesserung der Lohnverhältnisse oder auf eine Verhinderung ihrer Verschlechterung gerichteten Bestrebungen unwirksam gemacht. Schon vor dem Kriege hat das deutsche Unternehmertum solche Politik betrieben. Lehrreiche Vorgänge nach dieser Richtung sind aus dem Baugewerbe, dem Kohlenbergbau, und auch aus dem Buchdruckergerberge bekannt. Daß die Unternehmer nach dem Vollzug einer innigeren Wirtschaftsgemeinschaft die im Gebiet der Mittelmächte vorhandenen rückständigen Arbeitskräfte später planmäßig gegen die höher stehenden Arbeiter und deren Kulturbegehren auszunutzen werden, das ist eine durch die Verhältnisse gegebene Tatsache, mit der man sich vertraut machen muß.

Die Bedrängung der Arbeiter erfolgt jedoch nicht lediglich auf die angedeutete Weise. Das Kapital kennt noch einen anderen Weg, um billigere und rückständige Arbeitskräfte seinen Gewinnabsichten dienstbar zu machen. Es kann sie an ihrem Heimort mit der Erzeugung aufsuchen. Industrien, die nicht örtlich gebunden sind, wie z. B. Bergbau und Hüttenindustrie, verlegt er dorthin. Durch die Verwendung der mit den niedrigsten Löhnen und schlechtesten Arbeitsbedingungen zufriedenen Arbeitskräfte vermindert der Unternehmer seine Selbstkosten. Er kann die so hervorgebrachten Waren billiger auf den Markt werfen und verursacht dadurch mittelbar ebenfalls einen Druck auf die Lohnverhältnisse an anderen Orten.

Das Fehlen oder die Minderwertigkeit der Sozialpolitik in den anderen Ländern begünstigt das Herausheben bedürfnisloser, an schlechteren Verhältnissen gewöhnter Arbeiter, wie auch die Verlegung von Erzeugungsanlagen in die wirtschaftlich zurückgebliebenen Gegenden.

Die hier kurz umrissene Entwicklung bedroht vorwiegend die Arbeiter in Deutschland in der Behauptung ihrer bisher erkämpften Lebenshaltung, denn in Deutschland sind von den in Betracht kommenden Ländern die Arbeitsverhältnisse vergleichsweise am günstigsten, und bei uns ist die Sozialpolitik weiter als dort. In diesen Umständen liegt für die Arbeiter in rückständigen Gegenden ein starker Anreiz, Lockungen der deutschen Unternehmer zu folgen, die sie weiter leicht dazu bestimmen, in jenen Gegenden Fabriken anzulegen.

Solcher Bedrohung ihrer sozialen Lage können und dürfen die deutschen Arbeiter nicht tatenlos zuschauen. Sie müssen zu einer entsprechenden Gegenwehr rufen. Als Gewerkschaftler müssen sie ber-

suchen, auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes größeren Einfluß zu gewinnen. Zu diesem Zweck haben sich die Gewerkschaften den veränderten Verhältnissen anzupassen. Ebenso wie das Kapital und das Unternehmertum zu einer größeren Interessengemeinschaft in erweitertem Wirtschaftsgebiet gelangen, müssen auch die Organisationen der Arbeiter in den Ländern der Mittelmächte ein innigeres Zusammenarbeiten herbeiführen. Durch dieses Zusammenarbeiten haben sie dahin zu streben, die Organisation und Verwendung von Arbeitswilligentrupps sowie das Ausschließen von Lohnrückerorganen nach Möglichkeit zu verhindern. Die dabei zu lösende Hauptaufgabe ist die Auffklärung und Organisation der Arbeiter in allen Ländern, wobei als Zweig der gemeinsamen Tätigkeit die in den rückständigen Gegenden zu leistende Arbeit in den Vordergrund zu treten hätte.

Weil überall die Gewerkschaften schwächer sind als in Deutschland, in manchen Gegenden von Organisationen kaum erst Ansätze vorhanden sind, so ergibt sich als Selbstverständlichkeit, daß die deutsche Organisation die Hauptarbeit zu vollbringen hat und die meisten Lasten tragen muß. Das ist notwendig im wohlbestandenen Interesse der deutschen Arbeiter. Sie haben zu verteidigen, was von kapitalistischen Interessen und rückständigen, unwissenden Arbeitern angegriffen wird.

Das Vollbringen eines jeden Werks ist jedoch an Voraussetzungen gebunden. Sind diese nicht vorhanden, werden sie nicht erfüllt, dann wird die Lösung der gestellten Aufgabe mit unzureichenden Mitteln unternommen — und sie muß scheitern. Es gehört nun aber wenig, wirklich wenig Einsicht dazu, um zu erkennen, daß der deutsche Arbeiter die seinen Gewerkschaften von der Entwicklung übertragene Aufgabe nur dann erfüllt sehen kann, wenn dafür gesorgt wird, daß die Organisationen, von starken Mitgliedschaften getragen, in innerer Geschlossenheit das neue Tätigkeitsfeld betreten können.

Groß ist die Zahl der feindlichen Kräfte und Mächte, die der Arbeiter Wohl bedrohen. Unter keinen Umständen darf der Feind gestärkt werden, indem innerer Hader, Zwietracht in den eigenen Reihen die Schlagkraft und Kampfstärke der Gewerkschaften lähmen!

Durch die Gewerkschaft zur Freiheit.

Neulich erschien in dem „Signal“, Organ der schweizerischen Eisenbahner, eine interessante Studie darüber, weshalb der Arbeiter, will er sich ein wenig mehr Freiheit sichern, seine Zuflucht zur Gewerkschaft nehmen muß. Das Blatt schrieb:

Wenn wir unseren Mitgliedern die Frage stellen: warum sich der Arbeiter organisiert, wird eine große Zahl antworten: Um unsere Macht zu stärken, damit wir unsere wirtschaftlichen Interessen mit um so größerem Erfolge verteidigen können. Diese Antwort ist gut. Gewiß, für den Arbeiter unserer Tage, der nur sehr geringen sozialen Einfluß hat, ist es von hohem Wert, das Maß seines Einflusses erhöhen zu können. Noch wichtiger ist es, dank der Vereinigung aus der Arbeiterklasse einen ausgedehnten Organismus zu formen, fähig, die Arbeiter in bessere Lagen zu bringen und sich mehr Achtung zu verschaffen. Auch Bestrebungen und Wille der Gewerkschaften können unter verschiedenen Gesichtspunkten geschätzt werden. Am häufigsten betrachtet man sie unter dem Gesichtswinkel der bekannten Maxime: die Freiheit ist der Zweck des Zwanges. Man versteht darunter die Verpflichtungen, die der Arbeiter gern eingeht, indem er sich der Organisation anschließt. Nicht allein, daß er es für selbstverständlich hält, sich seiner persönlichen Freiheit zu entäußern, er schlägt auch in die Hand seiner Genossen, um diese Freiheit gleichzeitig zu erweitern. Ohne Zweifel ist dieses Moment das wichtigste der ganzen Gewerkschaftsfrage.

Wir haben schon oft gezeigt — und jeder kann es Tag für Tag bestätigen finden —, daß der Arbeiter, welcher für seine Gewerkschaft ernsthaft tätig ist, sich wie ein ganz anderer Mensch fühlt. Er fühlt dann Kräfte in sich, die er selber nicht gekannt hat oder die er nur als Instinkt kennt, ohne sie anzuwenden zu wissen. Wie zum Beispiel im Altertum einem freigewordenen Sklaven eine ganz andere Würde verliehen wurde, so vollzieht sich daselbe ohne Zweifel bei dem Arbeiter in diesem Fall, innerlich und nicht weniger äußerlich, sobald er sich mit Ernst an der gewerkschaftlichen Mitarbeit beteiligt. Mehr Würde kommt ihm ganz von selbst, sobald er sie in dem Maße erprobt, wie seine Persönlichkeit sich äußert und je mehr er sich dessen bewußt wird. Aus diesem Grunde kann auch eine gelbe Gewerkschaft niemals soviel gelten wie eine wirkliche Gewerkschaft, weil sie dieses wichtige Prinzip, das der modernen Arbeiterorganisation innewohnt, sich nicht entsalten läßt. Bei den Gelben wird der Arbeiter nicht zur Initiative angeporrt, sondern ist im Gegenteil jede freie Handlung unmöglich, wenn sie mit den Zwecken der gelben Gewerkschaften unvereinbar ist, deren vornehmster ist, sich vollkommen den Interessen der Unternehmer zu unterwerfen.

In Ansehung der Grundzüge der Organisation vom Gesichtspunkte des Gewerkschafters als Person aus, wie auch ihrer praktischen Verwertung für die Freiheit im Rahmen der Kollektivität, ist es democh nicht ohne Wert, die Gewerkschaft als Organismus zu betrachten. Von dieser Seite gepriert, zeigt sich die berufliche Verbindung als nicht weniger wichtig. Sie ist der Organismus, unter welchem eine Gemeinschaft von selbstbewußten Arbeitern nicht mehr los in regelmäßiger und ordnungsmäßiger Weise die Interessen einer einzelnen Person schützt, sondern die der gesamten Körperschaft. Der Zwang beginnt eine Notwendigkeit zu werden. Man muß stets im Auge behalten, daß eine Gewerkschaft keine einfache Häufung vereinzelter Individuen ist, sondern daß aus ihrer Vereinigung ein neue Erscheinung hervorsteht, durch welche sich die Verbundenen neue Zwecke und Aufgaben stellen, durch die sie alle unter gleichen Bedingungen in Anspruch genommen werden. Was hier den Vorrang hat, ist weniger die Befriedigung einzelner und die Wahrung derer Interessen, als das allgemeine Wohl der Arbeiterklasse. Wir wissen und sind alle überzeugt, daß die Gewerkschaftsbewegung eine markante Rolle im sozialen und kulturellen Leben des Volkes spielt. Deshalb stellt man in der Gewerkschaft alle vereinigten Kräfte in den Dienst des sozialen Fortschritts. Was das bejagen will, ist leicht zu erkennen.

Diese Art, die Dinge zu betrachten, genügt übrigens, um zu erkennen, daß jede individuelle Handlung durch die wichtigsten Handlungen der gewerkschaftlichen Organisation einen ganz anderen Charakter annimmt. Nehmen wir zum Beispiel die Anstrengungen der Gewerkschaften für höhere Löhne. Während es im allgemeinen niemals sicher ist, daß dem Arbeiter ein Lohnaufschlag zu fortgesetztem sozialen Aufstieg verhelfen kann, muß dies aber angenommen werden, sobald die Lohnverhöhung durch die Gewerkschaften verwirklicht worden ist. Die Art, wie die letztere eine solche Erhöhung aufstiftet, nimmt ganz naturgemäß ein ganz anderes Aussehen an. Hier geht man stets von dem Gesichtspunkt aus, daß die Erhöhung der Löhne unerlässlich ist als materielle Grundlage für die Bestrebungen zu wirtschaftlicher und sozialer Erhebung des Arbeitervolks.

Ein anderes Beispiel, durch welches diese Frage noch mehr geklärt werden wird. Der Tarifvertrag, äußerlich betrachtet, ist die Frucht der Anstrengung einer Arbeiterklasse, sich zu einem bestimmten Termin ein gewisses Maß bestimmter Arbeitsbedingungen zu sichern. Im Lichte der Gewerkschaft betrachtet, ist der Tarifvertrag der Ausdruck des Willens des Arbeiters, mitbestimmend zu sein; vom allgemeinen kulturellen Gesichtspunkte aus betrachtet, ist er der Grundstein für den Bau eines neuen Arbeiterrechts. Hier macht man direkt seinen Einfluß auf Recht und Moralität geltend und die Gewerkschaft verschafft sich Platz auf dem Programm der Einrichtungen, deren Aufgabe darin besteht, der Gesellschaft beim Aufstieg zum Gipfel der Zivilisation behilflich zu sein.

Die ganze gewerkschaftliche Tätigkeit läßt sich fast in dem bezeichneten Sinne in jenen zwei Beispielen zusammenfassen. Dies könnte man noch durch eine Menge gleich interessanter Tatsachen beweisen. Das Wichtigste ist, daß wir uns selbst darüber klar werden. Wer die Frage in diesem Lichte betrachtet, wird keine Mühe haben, sich den vielen Pflichten anzupassen, die die Gewerkschaft ihren Mitgliedern auferlegt. Er wird dann auch verstehen, warum die Gewerkschaft niemals verlassen werden darf, wenn es ihr nicht in kurzer Zeit gelingt, für ihre Mitglieder Vorteile zu erringen. Er wird dann auch verstehen, daß sie mit dem Tarifvertrag nicht alle Wünsche eines jeden einzelnen erfüllen kann, sondern daß es sich hier vielmehr darum handelt, inwiefern möglich Löhne und Arbeitsbedingungen für die Masse der Arbeiter zu gerechtem Ausgleich zu bringen.

Die Invalidenwerkstatt des Kriegsbekleidungsamtes.

An der Fürsorge für die aus dem Militärverhältnis entlassenen Kriegesbeschädigten nimmt die Seeresverwaltung nach wie vor besonderen Anteil. Die auf Veranlassung des Kriegsministeriums seinerzeit auch beim Kriegsbekleidungsamt des Gardekorps errichtete Invalidenwerkstatt hat inzwischen gegenüber ihrer ursprünglichen Einrichtung eine wesentliche Umänderung erfahren. Die betreffende Einrichtung hat die neue Bezeichnung „Kriegesbeschädigtenwerkstatt“ erhalten. Diese besteht aus einer Abteilung für Schuhmacher und einer für Schneider, während die Sattlerwerkstatt aufgelöst worden ist. Kriegesbeschädigte, welche das Sattlerhandwerk erlernen wollen, finden bei der Artilleriewerkstatt in Spandau dazu Gelegenheit. Die Beschäftigung der Kriegesbeschädigten besteht nicht mehr wie anfänglich in Reparaturarbeiten, sondern es erfolgt eine regelrechte Ausbildung in dem gewählten Handwerk nach der für die Lehrlingsausbildung maßgebenden Bestimmungen der Berliner Handwerkskammer. Mit

Aus dem Bericht der Generalkommission für das Jahr 1916.

II.

Der Kassenbericht für das Jahr 1916 weist an Gesamteinnahmen 400 484,86 Mk. und an Gesamtausgaben 440 840,15 Mk. auf. Es ergibt sich somit ein Fehlbetrag von 40 355,29 Mk., wovon 3000,08 Mk. auf das Unterstützungskonto entfallen. Der Bestand des letzteren beträgt 88 219,01 Mk. und das Vermögen der Generalkommission 338 217,28 Mk.

Das „Correspondenz-Blatt“ mußte auch im Berichtsjahre mit dem früher eingeschränkten Umfang fürnehmbar. Die Auflage betrug Ende 1916: 27 000 gegen 28 200 am Schlusse der vorherigen Berichtsperiode. Das in polnischer Sprache erscheinende Gewerkschaftsblatt „Osmiata“ ist im verflochtenen Jahre regelmäßig alle Monate einmal herausgegeben. Die Auflage betrug wie im Jahre vorher im Durchschnitt 3000 Exemplare.

Die Sozialpolitische Abteilung ist neben ihrer Aufgabe der Materialsammlung besonders durch sozialpolitische Kriegsfragen in Anspruch genommen worden.

Die Aufhebung wichtiger Arbeiterschutzbestimmungen gab den Gewerkschaften Anlaß, auf die Verringerung nachlässiger Betriebsanordnungen und mangelhafter Betriebseinrichtungen zu drängen. Die Minderungen in den Industrien, die wegen Mangels an Rohstoffen zur Einschränkung des Betriebes genötigt sind, hat sozialpolitisch wichtige Neuerungen gebracht, die seit langem zu den Forderungen der Gewerkschaften gehören. Der Sieben- und achtstündige Arbeitstag für öffentliche Verkaufsstellen ist aus der Zwangslage des Krieges entstanden und wäre zu wünschen, daß er auch über den Krieg hinaus seine Herrschaft behält. Der Verband der Freiseuergehilfen hat daraufhin die Agitation für einheitlichen Geschäftsschluß aufgenommen und der Zentralverband des Handlungsgehilfen bekämpft die für die Nahrungsmittelgeschäfte und den späteren Sonnabendsschluß gewährten Ausnahmen. Der Verband der Wäcker verlangt, das Verbot der Nacharbeit auch über den Krieg hinaus durch Gesetz zu sichern. Die gesteigerten Anforderungen an die weibliche Arbeitskraft hat in allen davon berührten Verbänden das Bestreben nach Abhilfe hervorgerufen.

Auf den Werftbetrieben wurden Klagen über Gesundheitschädigungen und selbst Lebensgefahren infolge der Verwendung von Erbsäuren für Terpentin und Firnis laut, so daß die Sozialpolitische Abteilung gemeinsam mit dem Verband der Maler beim Reichsamt des Innern und beim Reichsgesundheitsamt zur Behebung der Mißstände vorgeht. Die Angelegenheit ist wegen der amtlichen Untersuchungen noch nicht erledigt.

Für die Heimarbeit steht die Regelung der Lohnfrage im Vordergrund. In einer Eingabe an das Reichsamt des Innern ist die Forderung auf Einführung der Sachkommissionen zur Regelung der Löhne eingehend begründet. Vorläufig ist durch eine Verordnung bestimmt, daß zu den Sachkommissionen von Seiten der Arbeiter auch Gewerkschaftsangehörige hinzugezogen werden können. Damit ist dem Verlangen der Gewerkschaften entgegengekommen, jedoch fehlt es noch an der Aufnahme der Tätigkeit der Sachkommissionen nach dem Heimarbeitengesetz. Gute Fortschritte hat die Regelung der Tarife und die Festsetzung und Bindung der Löhne für Heimarbeiter gemacht, die für Militärlieferungen beschäftigt sind. Die Gewerkschaften können hier ein durchaus anzuerkennendes Entgegenkommen konstatieren.

Das Sekretariat für Bauarbeiterbeschäftigung hat seine Tätigkeit besonders den öffentlichen und Industriebetrieben zugewendet.

Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst ist von der Sozialpolitischen Abteilung mit einem kurzen Kommentar und den wichtigsten Ausführungsbestimmungen und Rechtsbelehrungen bearbeitet und herausgegeben.

Die Monopolfrage wurde in einer Studienkommission eingehend behandelt, wobei es sich im wesentlichen darum handelte, gegenüber der übermäßig entwickelten wirtschaftlichen Machtstellung der Monopolindustrien Sicherheiten für die Rechtsstellung der Arbeiter im Arbeitsvertrag und für ihre sozialpolitischen Anforderungen zu verlangen.

Die Frage der Uebergangswirtschaft hat zur Aufstellung und Formulierung einer Reihe von Forderungen geführt, die noch weiter beraten und vertreten werden müssen. Auch für die Aufstellung eines Programms unserer sozialpolitischen Forderungen nach dem Kriege sind die Vorarbeiten im Gange.

Die Lebensmittelversorgung ist dauernd Gegenstand sehr umfangreicher Arbeiten gewesen. Sowohl in der Presse wie im Kriegsernährungsamt und im Reichsamt wurden die Mängel der Organisation und die ungleiche Verteilung wichtiger

Nahrungsmittel kritisiert. Manche unserer Anforderungen wurden erfüllt. Wenn die Sorgen um die Beschaffung der notwendigen Nahrungsmittel nicht geringer, sondern erheblicher geworden sind, so liegt das nicht allein am Mangel der Organisation, sondern auch an dem Verjagen der Produktion. Die Landwirtschaft ist bei allen Bemühungen, die Leistungsfähigkeit aufrechtzuerhalten, leider nicht in der Lage, den Bedarf zu decken. Das ist eine Tatsache, deren Wirkung auch durch die beste Organisation nicht beseitigt werden kann. Hier tauchen fortgesetzt neue Probleme auf, Hindernisse, die aus der Tendenz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung entspringen, die uns immer wieder Anlaß geben, mit allem Nachdruck die Interessen der Arbeiter zu vertreten, die an einer geordneten, gleichmäßigen Verteilung der Lebensmittel, einer Erhöhung der Produktion und einer Beseitigung der Preistreiberinteressen interessiert sind.

Das Arbeiterinnensekretariat berichtet von einer erheblichen Inanspruchnahme seiner Sekretärin in den Organisationen der Kriegsfürsorge, insbesondere für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.

Die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ erscheint jetzt in einer Auflage von 92 000 Exemplaren.

Das Zentralarbeitssekretariat bezeichnet eine Abnahme der Zahl der ihm zur Vertretung überwiesenen Sachen: 1916: 835, 1915: 1060, 1914: 1397, 1913: 2125, 1912: 2343. Von den 835 Sachen gingen ein von Arbeiterssekretariaten 622, Gewerkschaftsartikellisten 11, Rechtsauskunftstellen 14, Gewerkschaftsverwaltungen 72 und an Personen 116. Aus früheren Jahren waren 547 Sachen rückständig, so daß 1382 Sachen in Bearbeitung standen, von denen 981 erledigt wurden (847 Unfalls-, 70 Invaliden-, 37 Kranken-, 22 Knappschafts- und 5 Zivilsachen). Das Ergebnis der erledigten Unfallsachen war in 342 Fällen für die Verletzten bzw. Hinterbliebenen günstig, in 505 Fällen ungünstig.

Der nun schon zu einer über zehnjährigen Unterdauer der nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts führende Zustand der nicht vollzogenen Wahlen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung hat auch im letzten Jahre keine Minderung erfahren. Im Gegenteil sind die Wahlen wiederum hinausgeschoben, diesmal zweckmäßigerweise bis zum Ablauf des auf die Beendigung des Krieges folgenden Jahres.

Aus unserem Beruf.

Zusammenlegung der Treibriemenfabriken. Auf Grund der Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes sind jetzt auch im Lebertreibriemengebirge erhebliche Einschränkungen erfolgt. Leider muß gesagt werden, daß die Organisation der Arbeiter, also unser Verband, bei Beratung dieser neuen Verhältnisse nicht gehört wurde. Das Deutsche Reich ist in 7 Fabrikationsbezirke eingeteilt. Die Bezirker von Treibriemen sind gehalten, bei Bestellungen von Riemen in Breiten bis einschließlich 500 Millimeter diese nur im Kreise selbst zu tätigen, bei breiteren Riemen ist jede Beschränkung aufgehoben. Als zugelassene Firmen sind anzusehen im

Gau Berlin:

Friedrich Hanke, Tegel, Rüter u. Mallow, A. Schwarz u. Co., Union-Gesellschaft, Vereinigte Ledertreibriemenfabrikanten, Kriegs-Ges. m. b. H., sämtlich in Berlin, Tröger u. Co., Stettin, G. Scheffler, E. Bing, und Krüger, Berlin N., für Manschetten.

Gau Elberfeld:

C. Hecker u. Co., F. Kaulhausen u. Sohn, beide in Laagen, G. Weyland, Bergenerstadt, W. Janzen, Bochum, Fr. Möller, Brackwede i. W., F. Manke, Düsseldorf, Bausch u. Sohn, Köln, Caden-Reudersdorf u. Co., A.-G., Köln-Mülheim, G. Becker, Mülheim a. Ruhr, W. Funke, Mülheim a. Ruhr-Broich, Wilh. Kempfen sen., Oberhausen, R. A. Groote, Kemscheid, F. Scholz, Siegen i. W., Gebr. Keerink, Breden i. W.

Gau Ostlich:

Franz Leichter, Guben, Woide, Breslau, Gebr. u. W. Fischer, Lehmannwasser, Ernst Kuschnizky, Gleiwick.

Gau Hamburg:

H. Heim u. Co., G. Rothmund u. Co., C. Scholz A.-G., und C. D. Schenkens (speziell für Manschetten), sämtlich in Hamburg, ferner W. Wick, Rostock, C. Schwabe u. Söhne, Barel.

Gau Leipzig:

Gebr. Klinge, S. Thiele, beide in Dresden, W. Rebe, Chemnitz, Gebr. Preßler Plauen i. S., F. A. Fuchs, Leipzig, Kriegslebertreibriemenfabriken G. m. b. H., Magdeburg, F. Stephan, Mülhhausen i. T., H. Frommeyer u. F. Weiermann, Hannover.

Gau Nürnberg:

H. Böhmhänder u. Co., Nürnberg.

Rücksicht auf das höhere Alter und die bessere Aufzuchtsgabe hat dieselbe eine Lehrzeit von zwei Jahren als genügend erachtet und auch hinsichtlich der Ablegung der Gelellens- und Meisterprüfung Erleichterungen zugesagt. Während der Lehrzeit wird den Lehrlingen auch Gelegenheit zum kostenlosen Besuch der Fachschule des betreffenden Handwerks geboten. Die tägliche Arbeitsvergütung beträgt anfänglich 4 Mk. für Lebige und 4,50 Mk. für Verheiratete; sie erhöht sich nach drei Monaten auf 5,20 Mk. Hierzu kommen noch Kriegsteuerzuschläge und eventuell Familienunterstützung. Eine Anrechnung des Lohnes auf die Militärente erfolgt nicht. Die Arbeitszeit ist von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr 20 Minuten nachmittags mit einer halbtägigen Pause festgesetzt. Diese Einrichtung bietet also Kriegsbeschädigten, welche den ernstlichen Willen haben, ein nutzbringendes Handwerk zu erlernen, einen sofortigen angemessenen Verdienst. Außerdem besteht bei Bewährung Aussicht auf dauernde Beschäftigung beim Kriegsbefehlungsamt. Eingestellt werden, außer bereits Entlassenen, auch bis zur Entlassung vom Truppenteil Wehrtaugliche, jedoch ist Bedingung, daß diese nicht von Beruf Schneider oder Schuhmacher sind und wirklich ein Berufswechsel dringend notwendig ist. Einstellungsgesuche sind schriftlich oder mündlich bei der Versorgungsabteilung des Kriegsbefehlungsamtes des Gardekorps Berlin W.5, Kruppstraße 2-4 (Kaserne II des 1. Gardefeldartillerieregiments, Zimmer 59), anzubringen.

Die Schlichtungskommission für das Berliner Portefeuille- und Reiseartikelgewerbe

trat unter dem Vorsitz des Herrn Magistratsrats v. Schulz am 14. April d. J. in den Räumen des Berliner Gewerbegerichts zusammen, um zu einer wichtigen Frage Stellung zu nehmen. Es handelte sich darum, daß die Fabrikanten in einer ihrer Versammlungen den § 6 Abs. 8 des Tarifvertrags einseitig außer Kraft setzten. Die Bestimmung lautet: „Werkstattarbeiter- und Arbeiterinnen dürfen weder Arbeit für zu Hause annehmen, noch darf ihnen Arbeit für zu Hause vom Unternehmer oder seinem Stellvertreter angeboten werden.“

Veranlassung zur Stellungnahme der Schlichtungskommission war das Verhalten der Firma Julius Schloß, die ihren Werkstattarbeitern trotz Einspruchs unserer Verwaltungsstelle Arbeit nach Feierabend mit nach Hause gab. Sie begründete ihren Standpunkt damit, daß zurzeit Mangel an Arbeitskräften vorhanden sei, die Fabrikräume nicht über die normale Zeit hinaus geheizt und beleuchtet werden können, den Arbeitern Gelegenheit gegeben ist, einige Mark die Woche mehr zu verdienen und schließlich zur Hebung der Wäلتa es notwendig sei, alle Kräfte anzustrengen, um die Exportbestellungen reiflos zu erledigen.

Da eine Einigung zwischen den Organisationsvertretern nicht möglich war, wurde die Angelegenheit überwiesen. Hierauf machte die „Berliner Fabrikanten-Vereinigung“ die Sache zu der ihrigen und beantragte schriftlich, keine Entscheidung herbeizuführen, weil sie wohl anerkenne, daß die Außerachtlassung der oben zitierten Bestimmung gegen den Tarif verstoße, aber den angeführten Gründen der Tarif nicht im Wege stehen dürfe. Von unserem Verband wurde in der Gegenerklärung darauf hingewiesen, daß es nicht angängig ist, eine Bestimmung des Tarifvertrages einseitig aufzuheben. Wenn sich die Notwendigkeit ergibt, einzelne Vertragsbestimmungen vorübergehend außer Kraft zu setzen, so müsse dazu eine Verständigung der Organisationen herbeigeführt werden. Ohne die Gründe abzurufen, die zu dieser Bestimmung im Vertrag geführt haben, ist noch ausschlaggebend, daß eine für die Kriegsdauer gültige Vereinbarung nur zu erzielen ist, wenn den Arbeitern für die Wehrarbeit ein prozentualer Zuschlag gezahlt wird.

In der mündlichen Verhandlung am 14. April dieses Jahres wurde nach Anführung von Gründen und Gegengründen folgender Beschluß gefaßt:

„Es ist unzulässig, irgendeine Tarifbestimmung einseitig durch eine Partei außer Kraft zu setzen.“

Dann wurde den Parteien folgender Vorschlag unterbreitet: „Die Bestimmung des § 6 Ziffer 8 des Tarifvertrages für das Berliner Portefeuille- und Reiseartikel-Gewerbe wird für die Dauer des Krieges außer Kraft gesetzt. Werkstattarbeiter und -arbeiterinnen erhalten für die ab 15. April 1917 gelieferte Heimarbeit einen Zuschlag von 30 Prozent zu den vereinbarten Stücklöhnen.“

Dieser Vorschlag gilt als endgültiger Beschluß, wenn er von den Parteien angenommen wird, im Nichtfalle muß das Schiedsgericht entscheiden.

Gau Offenbach:

Rich. Appel, Frankfurt a. M., Mitteldeutsche Gerberei u. Nierenfabrik A.-G., Bexlar, und C. Adva, Kreuznach.

Gau Stuttgart:

Bojck u. Gebhardt, Mannheim, Gebr. Kraft, Fahrenau u. W., Gebr. Heffelsberger, München, J. S. Schläper, Reutlingen, und E. Beringer, Stuttgart.

Korrespondenzen.

Berlin. (E. 13. 4.) Die am 4. April tagende Versammlung der Militärbranche beschäftigte sich mit zwei Anträgen, den „Vorwärts“ und die Lebensmittelbeschaffung betreffend. Im ersten Antrag wird die Branchenleitung aufgefordert, die Versammlungsanzeigen nicht mehr im „Vorwärts“ anzuzeigen und dahin zu wirken, daß auch die Berliner Ortsverwaltung keine Versammlungsanzeigen mehr im „Vorwärts“ erscheinen läßt. Kollege Lubert begründete diesen seinen Antrag. Er meinte, daß an der Tatsache des Hinübergreifens des Parteistretes in die Gewerkschaften die Gewerkschaftsvorstände die Schuld tragen, weil sie noch immer an der Politik des 4. August festhalten. Gegen diese Politik ist allerdings anfangs von der Kollegenchaft nicht der geringste Protest erhoben worden. Man war wie vor den Kopf geschlagen, als man die Stimmung der Bevölkerung bei Ausbruch des Krieges beobachtete. Jetzt ist aber eine Ernüchterung eingetreten und die Stimmung umgeschlagen. Die Führer täuschen sich, wenn sie annehmen, daß sich die Massen noch länger auf die Politik des 4. August festlegen lassen. Nicht die Opposition trägt den Streit in die Gewerkschaften hinein, sondern die Vorstände, die nicht der Stimmung der Arbeiter Rechnung tragen. Ebenso ist es mit dem „Vorwärts“, der nicht mehr das Blatt ist als ehemals, wo es selbstverständlich war, daß die Arbeiter den „Vorwärts“ unterstützten. Notwendig sind auch die Versammlungsanzeigen nicht, weil sie meistens nicht gelesen werden; denn als nicht zu entbehrendes Hilfsmittel wurde immer durch Handzettel eingeladen. Wir können das Geld für die Anzeigen sparen und für Unterstützungszwecke verwenden. Sein Antrag bezweckt, den Druck auf den „Vorwärts“ zu verschärfen, da der Boykott noch nicht wirksam genug ist.

Kollege Schulze wandte sich gegen den Antrag, will aber in einer Gewerkschaftsversammlung nicht näher auf den Parteistreit eingehen, denn jedes Eingehen entseffelt den Parteistreit noch mehr. Er gibt zu, daß ein Teil der Zentralvorstände versucht, ihren Standpunkt, den auch er nicht immer anerkennen kann, den Mitgliedern zu suggerieren. Jedoch mitzuhelfen, den Boykott der Berliner Genossen wirksam zu gestalten, dazu fühlt er sich nicht imstande. Er gibt ein Bild von der Zeit, wo die Arbeiter einmütig für den „Vorwärts“ gewirkt und agitiert haben und fühlt sich außerstande, das, was er geholfen hat aufzubauen, jetzt niederzureißen. Auch wenn jetzt irgendetwas passiert, so fragen die Kollegen an, ob die Angelegenheit im „Vorwärts“ behandelt wird. Also die Kollegen haben doch noch immer das Gefühl, daß der „Vorwärts“ die einzige Berliner Zeitung ist, die ihre Interessen vertritt. Warum also zerstören, was wir schließlich bereuen, aber sicher doch bezahlen müssen. Hoffentlich gelingt es nach dem Kriege, die Meinungsverschiedenheiten auszugleichen. Wird in Berlin ein Blatt geschaffen, das in wirksamer Weise sich der Arbeiterinteressen annimmt, so wird die Ortsverwaltung vorschlagen, auch in diesem Blatte die Versammlungsanzeigen zu veröffentlichen.

Nachdem noch ein Redner für und drei gegen den Antrag gesprochen hatten, wurde er gegen eine starke Minderheit angenommen.

Der zweite Antrag, worin unsere Verwaltung beauftragt wird, bei der zuständigen Behörde dahin zu wirken, daß die Arbeiter der Rüstungsindustrie mit genügenden Lebensmitteln versehen werden, wurde ebenfalls vom Kollegen Lubert begründet. Redner kritisierte die Eingabe der Gewerkschaften zur Frage der Lebensmittelbeschaffung. Es sei nun nachgerade Zeit, daß die Arbeiterschaft die Frage der Lebensmittelbeschaffung selbst in die Hand nimmt. Allen ist es jetzt offenkundig geworden, welchen gewaltigen Einfluß die Arbeiter gegenwärtig ausüben können. Wir müssen uns ein Beispiel nehmen an den Agariern, die mit größter Rücksichtslosigkeit ihre Interessen wahrnehmen. Auf knappe Nationen können auch nur knappe Arbeitsleistungen verlangt werden.

Kollege Schulze berichtete eingehend über die Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Behörden über die Frage der Lebensmittelbeschaffung und sagte, all das, was Kollege Lubert anführte, sei der Behörde schon viel deutlicher gesagt worden. Aber wo nichts ist, läßt sich schließlich auch nichts aus der Erde stampfen. Ob der Antrag angenommen wird oder nicht, bleibt sich in der Sache gleich. Jedes weitere Mitbestimmen in dieser Sache hält er für unnützlich, denn mittels Eingaben erzielen wir nicht das Geringste.

Kollege Lubert zog den Antrag zurück, da er von den Ausführungen des Kollegen Schulze befriedigt und zufrieden ist, daß endlich mal eine Aussprache über seinen Antrag stattgefunden hat.

Unter Branchenangelegenheiten wurde ein Antrag auf Zahlung der Entschädigung für veräumte Arbeitszeit an die Mitglieder der Arbeiterausschüsse der Ortsverwaltung überwiesen.

Düsseldorf. (E. 14. 4.) In der am 3. April abgehaltenen Versammlung gab der Kassierer zunächst die Abrechnung vom ersten Quartal. Hieraus entnehmen wir folgendes: Einnahme 476,50 Mk., an die Hauptkasse gezahlt 386,20 Mk. Kartell und örtliche Verwaltung 75,87 Mk. Lokalkasse: Bestand vom vorigen Quartal 66,35 Mk., am Schluß 107,85 Mk. Der Mitgliederbestand hat sich von 64 auf 134 gehoben. Nach Erstattung des Kartellberichts hielt Genosse Arbeitersekretär Urzberger ein vorzügliches Referat über Zweck und Ziele der Organisation. Im Hand von Zahlen wies er nach, welche ungeheure Gewinne das Unternehmertum während des Krieges gemacht hat. Es haben sich Verschmelzungen und Zusammenklänge innerhalb des Kapitals vollzogen und dieses alles wird die späteren wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter nicht erleichtern, die ohne Zweifel infolge der verteuerten Lebenshaltung kommen werden. Deshalb ist es vonnöten, daß die Arbeiterschaft den kommenden Ereignissen jetzt schon Rechnung trägt, um später auf alle Eventualitäten gefaßt zu sein. Erste Notwendigkeit ist es, daß wir überall Umschau halten, wo wir noch Berufsangehörige der Organisation zuführen können. Redner schilderte dann, wie sich unsere noch so junge Bewegung aus kleinen Anfängen zu einem detartig unabhängigen Faktor gestaltet habe. Eingehend auf die überlange Arbeitszeit und auf die überaus traurigen Löhne in allen Berufen vor Gründung und Erstarkung unserer Organisation wies er nach, daß dieses heute doch ganz anders geworden sei. Nachdem verbreitete sich der Referent über die Bedeutung der Tarifverträge und über das Unterstützungswesen. Bei letzterem hob er die ganz enormen Leistungen während des Krieges hervor. In wirtschaftlichen Fragen streifte er die Uebergangswirtschaft bei Beendigung des Krieges, die Wohnungsfrage und die Frauennarbeit. Reichen Beifall sollte die Versammlung dem Redner für seine überaus lehrreichen Ausführungen. In der Diskussion wurde bemängelt, daß Düsseldorf während des Krieges so wenig Unterstützungsgelder gesammelt hat. Kollege Schönknecht trat diesem entgegen, indem er erwiderte, daß die Filiale Düsseldorf noch bis vor kurzem nur 20 Mitglieder zählte. Der größte Teil der Kollegen ließ sich die Unterstützungsgelder vom Lohn abziehen und gaben somit der Firma das Verfügungsrecht, folglich haben wir auch keine Aufrechnung davon, was von den Kollegen geleistet worden ist. Beschlossen wurden dann noch freiwillige Sammlungen zugunsten unserer Krieger.

Rundschau.

Organisation. Nie ist in der Welt so viel von Organisation gesprochen worden wie jetzt im Kriege. Organisation ist jetzt der Grundgedanke des staatlichen Schaffens überall, und das eine Volk tut sich noch mehr zugute als das andere auf seine Organisation, die es sich jetzt geschaffen hat und weiter auszubauen bestrebt ist.

Wenn einer, dann sind wir die berufener Träger des Organisationsgedankens und darum müßten wir jenem organisatorischen Wirken eigentümlich mit Freude und Befriedigung zusehen. Und doch, wie fern steht das alles unserem Herzen. Das ist nicht der Geist von unserem Volke.

Wenn ein Haus auf modrigem Boden errichtet ist, dann können wir noch so viel flicken und bessern und noch so sehr die Steine in geordneter Weise zusammenfügen. Es bleibt ein altes Ding, das keine Freude macht. Wollen wir etwas Gutes, so müssen wir zunächst die Grundlage bessern und fest und recht machen, dann steht das Gebäude nachher von selber.

Unsere Organisation vor heute ist keine Organisation im vollem Sinne. Es ist eine organisierte Unorganisation. Es fehlt die gesunde natürliche Grundlage, und darum können wir noch so sehr organisatorisch arbeiten: weil der Boden nicht genügt, bilden sich immer wieder kleine und größere Löcher, durch die die gleichen können, die eigentlich darin bleiben sollen.

Wenn wahrhaft an einer Organisation der Welt gelegen, der kann nur bei uns sein. Bei uns ist der

Wir suchen

Sattelmacher u. Stellkumbauer

Auch Kriegsschädigte wollen sich melden.

C. Leschen & Co.,

Fabrik für Militär-Lederausrüstung, Köln-Nippes, Geldernstr. 46.

Organisationsgedanke vertreten in seiner reinsten natürlichen Art. Und da die Entwicklung der Welt nichts ist als eine immer mehr wachsende Organisierung, so ist das Erreichen unseres Zieles gewiß. Es muß kommen. Es ist ein Naturprinzip.

Zur Organisierung der Kriegsschädigten. Gegen den Plan, einen Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsschädigter für das Deutsche Reich zu begründen, wurde in einer gemeinsamen Kundgebung der Generalkommission der Gewerkschaften, des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, des Verbandes der deutschen Gewerksvereine, der Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht und der Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände Einspruch erhoben. In der Kundgebung wird u. a. darauf hingewiesen, daß die Zentralstellen der Gewerkschaften und Angestelltenverbände mit der bürgerlichen Kriegsschädigtenfürsorge bereits gemeinsame Einrichtungen getroffen haben, die auf den Gebieten der Berufsberatung, Berufsausbildung, Arbeitsvermittlung, Ausgestaltung der Renten, Abwehr der Anrechnung der Renten auf das Arbeitsverkommen usw. den besonderen Aufgaben der Kriegsschädigtenfürsorge gewidmet sind. Die Kriegsschädigten würden daher ihrer Sache am besten dienen, wenn sie die von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden geschaffenen Einrichtungen in Anspruch nehmen und dadurch im Kreise ihrer Arbeitsgenossen die dauernde Vertretung ihrer berechtigten Wünsche und Forderungen finden würden.

Adressenänderungen.

Halle a. S. K. Max Raude, Bernhardtstr. 18. Münster i. W. B. Karl Lüthmann, Wilhelmstraße 47. K. Karl Simon, Wilhelmstr. 47.

Sterbetafel.

Als Opfer des Krieges ist gefallen unser Mitglied P. Dr. Zimmermann, Freiberg i. S., 21 J. alt.

Berlin. Am 10. April verstarb unser Mitglied Carl Jacob im Alter von 52 Jahren. Mannheim. Im Lazarett verstarb unser Mitglied Karl Stork, 35 Jahre alt. Straßburg. Im Meserlazarett Kolberg verstarb unser Mitglied Heinrich Gottschalk, 22 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

Unsere Freunde und Kollegen bringen wir hiermit die traurige Wotschaft, daß unser Teilhaber und langjähriger Mitarbeiter

Herr Michael Probsteder

nach einem längeren schweren Krankenlager im 47. Lebensjahre am 29. März d. J. verstorben ist.

Alle, die ihn kannten, werden sein allzufrühes Hinscheiden bedauern und sein Wirken wird in unserm Gedächtnis mit fortleben.

München, im April 1917.

Augustenstr. 1/0.

Sattlergenossenschaft E. G. m. b. H.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.

Gegründet 1880. Preislisten S. P. gratis und franko.

Mehrere tücht. Sattler f. Militärarbeit, einen für Taschen und Portefeulles, einen für Reparaturen

Sattlergenossenschaft, München, Augustenstr. 1.